

Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der bezirklichen Integrationsbeauftragten von Berlin für eine dauerhafte und gesicherte Förderung bezirklicher Integrationsarbeit

Anlass/Jetzige Situation

Seit 2008 sind doppelt so viele Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit als mit nach Berlin gezogen: Berlins Bevölkerung ist stark von Zuwanderung geprägt. Über ein Fünftel der Berliner*innen sind EU- oder Drittstaatsangehörige. Hier forderte insbesondere der starke Zuzug von Menschen mit Fluchterfahrung in den letzten sechs Jahren stetige Angebote sowie institutionalisierte Übergänge in die Regeldienste. Sowohl Menschen mit Fluchterfahrung als auch Menschen, die von ausbeuterischen Strukturen auf dem Arbeits- und/oder Wohnungsmarkt betroffen sind, benötigen niedrigschwellige, mehrsprachige Beratungsangebote. Ebenso haben neu entstehende Nachbarschaftsstrukturen mit alten und neuen Berliner*innen Bedarfe an Vermittlung und Begegnung. Noch immer leben 18.306 Menschen mit Fluchterfahrung (Stichtag 6.3.2021) in LAF-Einrichtungen und ungefähr genauso viele Menschen, oftmals mit Zuwanderungserfahrung, in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe.

Es besteht nach wie vor eine hohe Nachfrage an integrativen, mehrsprachigen und unterstützenden Angeboten und Projekten. Dies wurde gerade im letzten Jahr der Pandemie sehr deutlich: Insbesondere vulnerable Bevölkerungsgruppen haben mit besonderen Problemen bei der Bewältigung der Situation zu kämpfen und benötigen auf sie zugeschnittene Unterstützungsangebote (bspw. Zugang zu Sprachkursen, Unterstützung beim Homeschooling in den Unterkünften sowie bei der schwierigen Wohnungs- und Arbeitssuche). Das durch zunehmende Isolation geprägte Leben während der Pandemie stellt nicht nur Menschen mit bereits bestehenden psychischen Belastungen, sondern insbesondere auch Menschen in Sammelunterkünften vor große Herausforderungen, die durch verstärkte Unterstützungsangebote in den kommenden Jahren aufgefangen werden müssen.

Integration geschieht vor Ort in den Bezirken

Für die integrativen und partizipativen Prozesse des Ankommens neuzugewanderter Menschen und für die vielfältige Stadtgesellschaft Berlins waren die Bezirke schon immer bedeutend, und ihre Wichtigkeit hat in den letzten Jahren noch zugenommen. Hier wird direkt vor Ort konkrete Basisarbeit mit alten und neuen Nachbarschaften, mit Beratungs- und Begegnungsprojekten, durch Verwaltung und zivilgesellschaftliche Akteure geleistet. Aufgrund der Diversität der zwölf Bezirke und der jeweiligen besonderen lokalen Gegebenheiten und verschiedenen infrastrukturellen Voraussetzungen ist eine flexible Förderung der bezirklichen integrativen Arbeit unentbehrlich (bspw. durch den bezirklichen Integrationsfonds).

Zentrale Akteure vor Ort - die bezirklichen Integrationsbeauftragten/Integrationsbüros

In der Integrationsarbeit vor Ort in den Bezirken spielen die Integrationsbeauftragten/Integrationsbüros die zentrale Rolle in der Koordinierung der integrativen Arbeit, in der Vernetzung zwischen unterschiedlichen Akteur*innen und Stellen in Zivilgesellschaft und Verwaltung, im Empowern von migrantischen Communities sowie in der Initiierung von Projekten. Zudem haben sie direkte Verbindungen zu den für die Integrationsleistungen maßgeblichen Fachämtern und kennen die örtlichen Strukturen, Communities und Verbände. Die Integrationsbeauftragten/Integrationsbüros können daher direkt auf lokale Bedürfnisse reagieren und mit Akteur*innen vor Ort nachhaltige Lösungsmöglichkeiten vor Ort konzipieren.

Mittel für integrative und partizipative Arbeit in den Bezirken

Mit dem Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter (ehemals Masterplan) hat der Senat ein wirksames Instrument etabliert, um Menschen mit Fluchterfahrung in ihrem Ankommen in Berlin zu unterstützen. Nach sechs Jahren ist eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen in ihrem neuen „Zuhause“ angekommen. Gleichzeitig zeigt sich, dass ein großer Teil weiterhin starke Unterstützungsbedarfe hat. Zudem werden auch in Zukunft weitere Flucht- und Migrationsbewegungen nach Berlin stattfinden. Deswegen müssen bewährte Strukturen erhalten bleiben. Eine Situation wie 2015 darf sich nicht wiederholen, in der eine Bewältigung der Situation nur durch Tausende von Ehrenamtlichen möglich war.

Die Mittel des Gesamtkonzeptes sind befristet; würden sie ab 2022 wegfallen, würden Maßnahmen der Senatsverwaltungen und Bezirke enden und damit wesentliche Grundpfeiler der Versorgung Geflüchteter und der bezirklichen integrativen nachbarschaftlichen Arbeit zerstört. Die Auswirkungen auf Bezirksebene wären enorm. Dabei werden erprobte und erfolgreiche Instrumente weiterhin gebraucht: Die Regelsysteme müssen sich nach wie vor interkulturell öffnen, um allen Menschen Zugänge zu den Versorgungssystemen zu ermöglichen. Dafür sind brückenbildende Angebote wichtig, um Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen. Gerade die Maßnahmen des bezirklichen Integrationsfonds zeigen durch ihre flexible und lokale Ausrichtung eine hohe Wirksamkeit für neue und alt eingesessene Berliner*innen.

Parallel zu dieser Stellungnahme senden wir Ihnen ein Schreiben der bezirklichen Integrationsfondsmanager_innen zu, das eine Übersicht der Projekte des bezirklichen Integrationsfonds gegliedert nach Handlungsfeldern des Gesamtkonzeptes zur Integration und Partizipation Geflüchteter enthält.

Befristete Mittel widersprechen jeglicher Planungssicherheit und dem Ausbau konstanter und nachhaltiger Strukturen. Wir fordern - wie wir es auch in die Diskussion um das neue Partizipations- und Migrationsgesetz eingebracht haben - dauerhafte bezirkliche Fonds, um die Partizipation von Menschen mit Migrationserfahrung fördern zu können, passgenau ausgerichtet auf die jeweiligen Bedürfnisse vor Ort. Diese müssen als verstetigte Mittel mit jährlichen Fortschreibungen festgeschrieben werden.

Genauso wichtig ist es, die sich etablierte und bewährte Arbeit der Integrationsbüros weiterhin gesichert vorzuhalten. Die Büros sind wichtige Stakeholder in der lokalen integrativen Arbeit. Nur mit einer ausreichenden Ausstattung an Personal und Mitteln kann ihre Arbeit konstant, nachhaltig und unabhängig von politischen Entwicklungen geleistet werden.

Migration ist zeitlos und im Fluss. Sie wird immer stattfinden und sie wird Berlin als vielfältige Einwanderungsstadt immer bereichern und auch herausfordern. Damit verbundene integrative Arbeit ist nicht nach einem bestimmten, festgelegten Zeitraum umgesetzt oder abgeschlossen, sondern eine dauerhafte Querschnittsaufgabe in allen gesellschaftlichen Bereichen.

im Auftrag

Dr. Lisa Rüter

Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft

Laura El-Khatib

Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft